Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: wöchentl. 2,35 ℳ, monatl. 10 ℳ vorauszahlbar frei ins Haus. Kreuzbandsendung monatlich 12 ℳ.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Verantwortlicher Redakteur: Walther Victor, Hamburg.
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß. Buchhandlung: Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Einzelnummer morgens 20 ₰, abends sowie Sonn- und Festtags 30 ₰.

Hamburger Echo

Anzeigen die elfgespaltene Petitzeile 2,20 ℳ, zuzüglich 50 Prozent Teuerungszuschlag. Arbeitsmarkt u. Familienanzeigen 2,40 ℳ. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 5 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden auch gegen Entgelt nicht aufgenommen.

Nr. 387. Freitag, den 20. August 1920. – Abend-Ausgabe. 34. Jahrgang.

Verkehrsstreik und Allgemeininteresse.

An und für sich und von privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten aus betrachtet, ist ein Streik eine Angelegenheit, die die Allgemeinheit wenig kümmert; er ist ein Streit, der sich zwischen Kapital und Arbeit abspielt, eine Auseinandersetzung, in die sich ein Dritter nicht hineinzumischen hat. Die Arbeiter eines Betriebes oder eines Betriebszweiges verweigern aus diesem oder jenem Grunde dem Arbeitgeber ihre Arbeitskraft, um ihn durch eine wirtschaftliche Schädigung ihrem Willen gefügig zu machen, sie wollen ihn durch Stillegung des Betriebes zwingen, ihre Forderungen zu erfüllen. Dazu haben sie nach moderner Auffassung das volle Recht; denn da der Grundsatz des freien Kaufens und Verkaufens auf dem Arbeitsmarkt herrscht, ist niemand verpflichtet, seine Arbeitskraft dem Unternehmer zu verkaufen, wenn er nicht will. Darum haben auch unsere Gerichte das Streikrecht für eine berechtigte Waffe im Klassenkampfe erklärt, und das Reichsgericht hat schon vor Jahren ausdrücklich festgestellt, daß der durch einen Streik geschädigte Unternehmer diese Schädigung mit in den Kauf nehmen müsse, da sie ja der Zweck des Streiks sei und da ohne eine wirtschaftliche Schädigung des Bestreikten der Streik keinen Sinn habe. Die Streikenden können für die durch den Streik entstehenden unangenehmen Folgen weder zivilrechtlich noch strafrechtlich zu Verantwortung gezogen werden, falls sie sich im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen halten. Dadurch ist also das Streikrecht der Arbeiter und Angestellten grundsätzlich anerkannt.

So richtig und allgemein gültig dies auch ist, so gewinnt der Streik doch ein anderes Gesicht, wenn man ihn aus der Sphäre des Privatrechts in die des Sozialrechts hebt, wenn man ihn vom Standpunkt des Allgemeininteresses wertet. Zwischen Streik und Streik ist nämlich ein himmelweiter Unterschied, und es ist ein Fehler, wenn man alle Streiks über einen Kamm schert. Es gibt nämlich Streiks, die sich lediglich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern abspielen, ohne daß die Allgemeinheit davon berührt wird, es gibt aber auch Streiks, durch die die Allgemeinheit in Mitleidenschaft gezogen, manchmal sogar aufs schwerste geschädigt wird. Wo es sich um persönliche, entbehrliche Bedürfnisse handelt, ist der Streik eine private Angelegenheit — zum Beispiel, wenn die Barbiere oder die Zigarrenmacher streiken —, wo aber allgemeine, unentbehrliche Bedürfnisse in Frage kommen — zum Beispiel, wenn die Bäcker, Bergarbeiter oder Gasarbeiter streiken —, gewinnt der Streik allgemeines Interesse, er wird zu einer öffentlichen Angelegenheit und muß vom sozialrechtlichen Standpunkt aus betrachtet und behandelt werden. Hier kann das Streikrecht, an und für sich das Grundrecht der Arbeitnehmer, zu einem Streikunrecht werden, weil es unter Umständen große Schädigungen im Gefolge hat und das gesamte Wirtschaftsleben aufs schwerste erschüttert. Wenn man den Maßstab des Sozialismus anlegt, der da besagt, daß das Allgemeinwohl höher stehen muß als das Interesse des einzelnen Menschen oder der einzelnen Gruppe, so läßt sich nicht einsehen, daß die Allgemeinheit die Kosten tragen und die größten Unannehmlichkeiten auf sich nehmen soll, weil die Arbeitgeber und Arbeitnehmer eines Unternehmens sich nicht einigen können. Solche Streiks sind privatrechtlich durchaus berechtigt, sozialrechtlich aber müssen sie als unberechtigt bezeichnet werden. Das ist eine Tatsache, die unbestreitbar ist, das ist eine bittere Wahrheit, an der nicht gedreht und gedeutelt werden kann und darf.

Der gegenwärtige Verkehrsstreik in Hamburg ist hierfür ein Beispiel. Die Verkehrsarbeiter befinden sich in Differenzen mit der Betriebsleitung, sie stellen Forderungen, die die Betriebsleitung und das Arbeitgebertum nicht bewilligen kann oder will. Da keine Einigung erzielt wird, wird der Betrieb eingestellt, der Verkehr liegt still. Die Aktionäre werden dadurch kaum berührt, denn ihre Dividenden sind ihnen gesichert und sie haben andere Verkehrsmittel (Autos und Droschken) zur Verfügung; die Betriebsleitung erklärt, daß sie durch die Einstellung des Verkehrs größere Ersparnisse mache, als wenn die Wagen laufen; aber die große Masse des Publikums muß die weiten Wege zu Fuß zurücklegen, sie trägt die Unkosten des Streiks. Die am Streik Beteiligten stehen Gewehr bei Fuß einander gegenüber, vielleicht wochenlang, denn „es geht hart auf hart“, aber wir Großstadtmenschen sind die Leidtragenden und haben den Schaden davon. Das ist ein durchaus unhaltbarer Zustand, das sind Dinge, die dem gesunden Menschenverstand, dem sozialen Empfinden und dem Rechtsbewußtsein direkt ins Gesicht schlagen. Wer möchte bestreiten, daß ein solcher Verkehrsstreik ein Unding ist, daß alle Mittel und Wege ergriffen werden müssen, um ihn zu verhüten oder schnellstens zu beendigen? Es darf eben zu keinem Verkehrsstreik kommen heutzutage — das ist eine Forderung, die jeder vernünftige Mensch unterstützen wird. Daß wir in Hamburg einen Verkehrsstreik haben, ist ein Beweis dafür, daß es entweder an dem guten Willen oder an der nötigen Fähigkeit gefehlt hat, die Differenzen aus der Welt zu schaffen. Auf welcher Seite die Schuld oder der größere Teil der Schuld liegt, soll hier nicht untersucht werden, weil es nicht unsere Absicht ist, die Gegensätze zu verschärfen oder gar Oel ins Feuer zu gießen; es genügt, wenn wir sagen, daß große Fehler gemacht worden sind, die nun das Publikum ausbaden muß.

Offenbar ist die tiefere Ursache des Streiks darin zu suchen, daß die Verhandlungen im kapitalistischen Geiste und vom rein privatwirtschaftlichen Gesichtspunkt aus geführt worden sind. Die Arbeiter und Angestellten erklärten, daß sie mit ihrem bisherigen Einkommen nicht mehr auskommen könnten, die Vertreter des Betriebes erklärten, daß sie die höheren Löhne und Gehälter nicht bewilligen könnten, weil der Betrieb ohnehin schon unrentabel arbeite. Beide Teile haben unseres Erachtens den Beweis für ihre Behauptung erbracht. Die Kosten für den Lebensunterhalt sind so hoch, daß die bisherigen Löhne und Gehälter auf die Dauer nicht ausreichend erscheinen, anderseits befindet sich der Betrieb in einer Zwickmühle; denn bei niedrigen Fahrpreisen können die Unkosten nicht gedeckt werden, und eine Erhöhung der Fahrpreise würde die Zahl der Fahrgäste zweifellos wesentlich vermindern. Was ist da zu tun — das ist die Frage, das ist der Angelpunkt, um den sich der Streit dreht. Rein kapitalistisch angesehen, gibt es hier keinen Ausweg, die Interessengegensätze lassen sich nicht ausgleichen, nur eine Kraftprobe vermag zu entscheiden, wer es am längsten aushalten kann und wer schließlich zu Kreuze kriechen muß. Mit dieser Lösung der Frage ist aber der Allgemeinheit nicht gedient, man kann ihr nicht zumuten, daß sie ruhig zusehen soll, bis der Kampf entschieden ist. Das Allgemeininteresse fordert dringend eine andere Lösung und darum auch eine andere Behandlung der Streitfrage, es verlangt, daß der Verkehrsstreik nicht von kapitalistischen, sondern von sozialistischen Gesichtspunkten aus behandelt werden muß. Nicht das Interesse der Arbeitnehmer darf allein entscheiden, auch nicht das kapitalistische Interesse der Arbeitgeberschaft darf entscheidend sein, von einer höheren Warte aus muß man an die Sache herantreten.

Rein kapitalistisch betrachtet, kommt es auf die Rentabilität eines Unternehmens an, auf das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben, legt man aber den Maßstab des Sozialismus an, so tritt die Frage in den Vordergrund, in welchem Verhältnis ein Unternehmen zur Allgemeinheit steht, wie es auf das Gemeinwohl wirkt. Von diesem Gesichtspunkt aus kommt es nicht darauf an, daß ein Unternehmen Ueberschüsse abwirft, sondern daß es die Bedürfnisse der Staatsbürger befriedigt. Soziale Einrichtungen (Schulen, Krankenhäuser, Gerichte, Gefängnisse usw.) sollen soziale Zwecke verfolgen ohne Rücksicht auf Rentabilität, wenn letztere natürlich auch nicht ganz außer acht gelassen werden darf, die Bedarfsdeckung der Allgemeinheit und die Förderung des Allgemeinwohls muß ihr oberstes Gesetz sein. Zweifellos ist unser Verkehrswesen eine solche soziale Einrichtung: es verfolgt den Zweck, die Menschen von dem einen Orte zum andern zu befördern. Wenn bei der Erfüllung dieser Aufgaben Gewinne herausspringen, oder wenn sich Einnahmen und Ausgaben das Gleichgewicht halten, so ist das selbstverständlich sehr erfreulich, wenn aber die Verhältnisse derartig sind, daß sich dies nicht ermöglichen läßt, so muß eine Unterbilanz eben im Interesse der Allgemeinheit mit in den Kauf genommen werden. So wie die Sache heute liegt, erfordern alle öffentlichen Einrichtungen Zuschüsse, und so muß auch bei der Aufrechterhaltung des Verkehrs der Staat eingreifen, wenn alle andern Mittel, eine Rentabilität zu erzielen, versagen. In unserm speziellen Falle heißt das also: Wenn Hochbahn und Straßenbahn sich nicht rentieren können, so muß die Gesamtheit, in diesem Falle also der Staat, helfend einspringen, weil es ein Unrecht wäre, von den Angestellten und Arbeitern zu fordern, daß sie auf Kosten ihrer Lebenshaltung ihre Tätigkeit verrichten sollen, und weil es ein unbilliges Verlangen wäre, daß das Publikum die aus einer Stillegung des Verkehrs entspringenden Nachteile und Unannehmlichkeiten ruhig in den Kauf nehmen soll.

Im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung dreht es sich also darum, daß der Hoch- und Straßenbahnbetrieb möglichst schnell wieder aufgenommen wird. Können die Angestellten und Arbeiter den Nachweis erbringen, daß ihre Forderungen oder ein Teil ihrer Forderungen berechtigt sind, so müssen diese bewilligt werden, das Geld mag herkommen, woher es will; ist es nicht möglich, auf anderem Wege einen Ausgleich zu schaffen zwischen Einnahmen und Ausgaben, etwa durch eine Herabsetzung der Dividenden für die Aktionäre oder durch anderweitige Ersparnisse, so muß der Staat, trotz der mißlichen finanzielle Verhältnisse, auch hier in den sauren Apfel beißen und Zuschüsse leisten. Deshalb sind erneute Verhandlungen nötig, die aber getragen sein müssen von sozialem Empfinden und vom Geiste der Versöhnung, damit sie das wünschenswerte Ergebnis haben. Es muß über kurz oder lang doch zu Verhandlungen kommen, denn der Streik kann ja nicht ewig dauern, und da läßt sich nicht einsehen, warum wir erst warten wollen, bis die wirtschaftlichen und sonstigen Schädigungen unerträglich geworden sind. Ein Verkehrsstreik ist nun einmal ein Unding, und es müßte doch mit dem Teufel zugehen, wenn es nicht Mittel und Wege gäbe, ihn aus der Welt zu schaffen. Es ist ein wahrer Hohn, daß die Hoch- und Straßenbahner müssig herumstehen, daß die Aktionäre ihre Dividenden ruhig in die Tasche stecken und daß sie, um ein Heinewort zu gebrauchen, aus ihrem Auto blicken „vornehm auf den großen Haufen derer, die zu Fuße laufen“. Das Publikum hat keine Lust mehr, unter der Hartköpfigkeit und dem Starrsinn der Beteiligten zu leiden, es verlangt deshalb dringend, daß eine Einigung herbeigeführt wird. Der Standpunkt „hart gegen hart“ hat heutzutage seine Geltung verloren, in der heutigen schweren Zeit kommt es darauf an, die Gegensätze auszugleichen, damit unser wirtschaftliches Leben nicht noch mehr herunterkommt, wie es ohnehin schon der Fall ist. Den Luxus des Streiks kann sich das deutsche Volk nicht mehr erlauben, und darum erheben wir den Ruf: „Mögen die Konsuln dafür sorgen, daß die Allgemeinheit keinen Schaden leidet!“ F. L.

Die Lage in Oberschlesien.

Wie die „Sozialistische Korrespondenz“ erfährt, wird die Situation in Kattowitz vom Staatssekretär für öffentliche Ordnung nach wie vor als sehr gespannt und äußerst bedrohlich angesehen. Es ist auch heute noch nicht möglich, schreibt die „Deutsche Allg. Ztg.“, die Frage, wem an den Vorgängen in Kattowitz die Schuld aufzubürden ist, einwandfrei festzustellen. Die Untersuchung wird von deutscher Seite rücksichtslos geführt werden. Die Vorgänge der letzten Tage haben gewiß das Blut der Oberschlesier doppelt in Wallung gebracht. Trotzdem müssen sie Selbstbeherrschung bewahren. Sie werden volles Verständnis ihrer Lage im ganzen deutschen Reiche finden. Gerade deshalb aber darf man ihnen gegenüber auch die Hoffnung aussprechen, daß das, was in diesen Tagen Bedauerliches geschah, nicht weitergeführt wird zu neuen Konflikten, die ihre Lage und die des Reiches aufs neue erschweren.

*

Der „Vorwärts“ berichtet aus Oppeln, daß der französische General Gatteh das Theater und den Ring besetzen ließ und Patrouillen durch die Straßen schickte, die rücksichtslos von der Waffe Gebrauch machten. Infolge der Absperrung des Rings sammelten sich Tausende von Menschen an und es kam gestern nachmittag wiederholt zu Zusammenstößen. Mehrere Personen sind getötet und verwundet worden. An die Vertreter der Behörden und der Gewerkschaften hielt der General eine säbelrasselnde Drohrede und wollte sich nachher auf irgendwelche Erklärungen der Vertreter nicht einlassen. Es gelang aber schließlich doch, eine Besprechung herbeizuführen, in der jedoch an der Tonart wenig geändert wurde.

Vom östlichen Kriegsschauplatz.

Der polnisch-französische Gegenstoß vor Warschau.

Havas zufolge dauern die Erfolge des polnischen Heeres auf dem rechten Flügel an. Die Truppen des Generals Pilsudski bedrohen die russischen Kolonnen, die auf Warschau marschierten. Die französischen Offiziere spielen bei der polnischen Offensive eine wichtige Rolle.

*

Der Beschluß des englischen Oberkommissariats für Danzig, kein Kriegsmaterial für Polen zu verladen, wird von der französischen Presse kritisiert. Sie weist darauf hin, daß England während des Krieges aus den neutralen Ländern Kriegsmaterial bezogen habe.

Keine französischen Truppentransporte durch Süd-Deutschland.

In München erklärte Reichsverkehrsminister Groener, die Gerüchte von französischen Truppentransporten durch Süddeutschland nach Polen seien Schwindel.

Die Gegenoffensive Wrangels in Südrußland.

Die „Times“ melden aus Konstantinopel, daß General Wrangel eine Verstärkung von 30 000 Mann erhalten habe und daß auch die Donkosaken zur Hilfe kamen. Es sei ihm gelungen, die Eisenbahnverbindung zwischen den Kubankosaken und der Hauptarmee der Bolschewisten zu unterbrechen.

Politische Nachrichten.

Die Orgeschgefahr in Ostpreußen.

(Eigener Drahtbericht.)

Aus Ostpreußen kommen allerhand Meldungen über die Orgesch-Gefahr. Es wird behauptet, daß Lockspitzel auf einen offenen Konflikt hintreiben. Sie propagandieren national-bolschewistische Experimente und fordern in zerlumpten Matrosenuniformen zur Bildung der Räterepublik auf. Die „Königsberger Hartungsche Zeitung“ fragt: Woher nehmen die Orgesch und die Selbstschutzverbände die Millionen?

*

Forstrat Dr. Escherich protestiert in einem Telegramm an den Reichspräsidenten gegen das Verbot der Orgesch in Preußen, welches nur aus Unkenntnis oder Mißachtung der Ziele und des Wesens seiner Organisation getroffen sein könne. In Uebereinstimmung mit der rechts stehenden Presse beruft er sich auf die Reichsverfassung, die allen Deutschen das Recht gebe, sich zu strafrechtlich nicht verbotenen Zwecken zusammenzuschließen.

Die Bildung bewaffneter Organisationen ist durch das Strafgesetz ausdrücklich verboten. Was würde die rechtsstehende Presse sagen, wenn die Kommunisten das gleiche Recht in Anspruch nehmen würden?

Die Kappisten wieder obenauf.

Wie der „Vorwärts“ berichtet, hat der reaktionäre General v. Braun, der Chef des Personalamts im Reichswehrministerium, den Untersuchungsausschuß für die Kapp-Tage unter Hinweis auf einen Beschluß, der sich auf die Amnestie stützt, aufgehoben. Der sozialdemokratische Zivilreferent dieses Ausschusses, Genosse Scherer, hat gegen dieses Vorgehen einen Protest eingelegt, der bis heute unbeantwortet geblieben ist. Der „Vorwärts“ weist darauf hin, daß Offiziere, gegen die der Ausschuß auf Dienstenthebung erkannt hatte, von dem Personalamt in verantwortliche Stellen der Reichswehr hineingesetzt wurden. Weiter wird behauptet, daß die Offiziere, die infolge einer Reihe günstiger Umstände sich herauszuschwindeln vermochten, gegen ihre Ankläger aus der Truppe eine große Vergeltungsaktion einzuleiten beabsichtigten.

(Nach allem, was vorausgegangen war, darf man sich über diese Entwicklung kaum noch wundern.)

Erleichterungen in der Baustoffbewirtschaftung.

Durch Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers vom 16. August sind, wie die „P. P. N.“ erfahren, für die Zementbewirtschaftung insofern Erleichterungen geschaffen worden, als die für den Bezug von Zement vorgeschriebenen Bezugs- oder Freigabescheine bis auf weiteres in Wegfall kommen. Das gleiche ist im Einverständnis mit dem Reichsarbeitsminister für Kalk und Ziegel angeordnet worden. Eine Ausnahme von dieser Regelung gilt für die süddeutschen Länder, wo besondere Bestimmungen Platz greifen. Die erwähnten Erleichterungen, die den seit längerer Zeit aus Industrie- und Verbraucherkreisen geäußerten Wünschen entsprechen, konnten jetzt zur Durchführung gelangen, da infolge der seit einiger Zeit eingetretenen Absatzstockung und der gleichzeitigen Produktionssteigerung der Bedarf an Baustoffen für absehbare Zeit gedeckt erscheint. Es kann auch von dieser Maßnahme in Verbindung mit dem inzwischen erfolgten Preisabbau für Zement eine Belebung des Baumarktes erhofft werden.

Französische Militärjustiz im Saargebiet.

Havas meldet aus Markirch: Das Kriegsgericht Saarbrücken verurteilte drei Polizeioffiziere Saarbrückens zu drei Monaten Gefängnis und 300 ℳ Buße, weil sie der Proklamierung des Belagerungszustandes Hindernisse in den Weg legten.

Das Kriegsgericht in Mainz verurteilte wegen Propaganda zugunsten Deutschlands im Saargebiet drei Deutsche zu 20 Jahren Gefängnis und Aufenthaltsverbot, einen Preußen zu 10 Jahren Gefängnis und Aufenthaltsverbot, vier andere zu einem Jahr Gefängnis und 10 000 ℳ Buße.

Das deutsche Eigentum in Portugal.

Die Verwaltungsbehörde für das feindliche Eigentum in Lissabon hat unter dem 4. August dieses Jahres verfügt, daß alle deutschen Kaufleute die Rückgabe ihrer kaufmännischen und privaten Archive verlangen könnten, die sich zurzeit im öffentlichen Depot befinden. Nach Ablauf von 30 Tagen vom Datum der Veröffentlichung ab wird zum Verkauf der nicht zurückverlangten Archive geschritten werden.

Los von Polen!

In den deutsch gebliebenen Teilen Ostpreußens werden Dankesfeste gefeiert, bei denen der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß die losgelösten deutschen Gebiete ihrem Wunsche gemäß wieder zu Deutschland zurückkehren. Die Polen haben letzthin in einem Ort des abgetretenen Gebietes etwa 150 Deutsche verhaftet, schwer mißhandelt und nachher abtransportiert. Man weiß nicht wohin. Vier von ihnen wurden gegen Kaution freigelassen.

Das Städtchen Birnbaum an der deutsch-polnischen Grenze, das sonst 5000 Einwohner hat, beherbergt jetzt 15 000 Flüchtlinge. Ein Pfund Butter kostet 120 polnische Mark.

Der Sternsteinhof.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Anzengruber.

[39]

Was dem alten Sternsteinhofer die Zunge löste, war aber nicht etwa erwachender Gerechtigkeitssinn, der sich dagegen setzt, Unschuldige mit Schuldigen leiden zu lassen, wer das gedacht hätte, der kannte den Alten schlecht; dessen Inkonsequenz entfloß keiner so lauteren Quelle, sondern — mit Bedauern sei es gesagt, — einem weiten, übervollen Becken menschlicher Schwachheit. Wohl widersprach es ganz und gar seinem anfänglichen Vorsatze, hübsch beiseite zu stehen und ruhig zuzusehen, wie die jungen Leute abwirtschaften, daß er nun dem einen Teile ratend beisprang und dadurch die Fehler des anderen ausglich, aber nach wie vor blieb er gegen Toni unfreundlich, dessen Dank und Annäherung er schroff zurückwies; das hätte dem jungen Bauern allerdings nicht schwer aufgelegen, doch als er sich's recht bequem zu machen dachte und die Bäuerin zu direkten Anfragen an den Vater veranlaßte, da sagte er: „Ei, Du irrst wohl, das und das weiß der Toni sicher, er hat mir darüber nichts verlauten lassen.“ So mußte denn jeder Angelegenheit halber vorab der Bauer seine Not klagen und eingestehen, daß er nicht auswisse, und dann die Bäuerin ihres Mannes „Uebernehmen“ bedauern und Abhilfe erbitten, das war es, worauf der alte Sternsteinhofer bestand, dieses Demütigen und Betteln schmeichelte seiner Eitelkeit!

Allerdings waren die jungen Sternsteinhoferleut' keine gemeinen Rotfüchse, sondern von einer edleren Gattung, etwa blaue, und es kostete sie einige Ueberwindung, sich zu solchen gefügigen und schmiegenden Schlichen zu verstehen, als sie aber merkten, daß der alte Rabe auf andere Weise nicht zu bewegen war, den Schnabel aufzusperren und den Käse fallen zu lassen, ergaben sie sich darein und taten ihm seinen Willen, um den übrigen durchzusetzen.

Unter solchen Umständen, alles ihm zukommenden Respektes sicher, eilte es dem Alten gar nicht, seine Ausnahm' unter Dach zu bringen, doch als etwa nach einem Jahre auf dem Sternsteinhof ein Kleines zu erwarten stand, da ließ er sich die Beschleunigung des Baues sehr angelegen sein, brachte Stunden auf dem Arbeitsplatze zu und schalt und eiferte mit den Werkleuten, denn sobald das Kind oben einzog, wollte er herunterziehen; „an Kindergeschrei fänd' er in sein'm Alter mehr kein' Gefallen,“ sagte er.

17.

Mit einbrechender Nacht war der Wagen über die Brücke gedonnert und durch das Dorf gerast, man konnte nicht schnell genug den Kopf nach dem Fenster wenden, vorüber war er.

Vor dem Wirtshause hatte der Wirt gestanden, in dem Fuhrmanne einen Knecht vom Sternsteinhofe erkannt und, in mächtigen Sätzen nebenher rennend, ihn angerufen.

„Wohin, Wastl?“

„In d' Stadt?“

„Was eilt?“

„Der Bäu'rin — 'n Doktor!“

Worauf die Wirtin die Hände zusammengeschlagen. „Uns're liebe Frau steh' der armen Seel' bei!“

Mit frühem Morgen kehrte der Wagen wieder, und als er oben im Gehöft anhielt, stürzte der junge Bauer stieren Blickes und wirren Hauptes herbei, den kleinen, vierschrötigen Mann, der abstieg, beim Arme fassend. „Helft's, helft's, Herr Doktor, ich kann den Jammer nimmer länger anschau'n!“

Der Arzt gelangte, mehr hinangedrängt und geschoben, als selbst steigend, die Treppe hinauf.

Drei Viertelstunden später lag oben in der dunklen Stube, deren verhangene Fenster Licht und Luft ausschlossen, ein gar schwaches, zartes, gelbsüchtiges Kind und ein sieches Weib.

Als der Doktor sich fleißig mit dem buntseidenen Taschentuche die Stirne trocknend, vom jungen Bauer geleitet, die Stiege herabkam, wollte eine Magd die folgenden Reden erlauscht haben.

„Herr,“ sagte der Bauer, „das wär' denn, als hätt' ich kein Weib.“

„Euch davon zu verständigen,“ sagte der Arzt, „war meine Pflicht. Ob Ihr sie überhaupt noch lange behalten werdet, weiß ich nicht, wenn Ihr sie aber bald los sein wollt, braucht Ihr bloß meinen Rat zu überhören.“

Da erblickte der Bauer die Dirne, sie ward von ihm angerufen und mußte eine Flasche Wein, Schinken und Brot für den Doktor nach der Laube schaffen. Die Gefräßigkeit, mit welcher das kleine, runde Männchen darüber herfiel, und dessen schmatzendes Behagen war für die dermalige Gemütsstimmung Tonis ein so widerspruchsvoller Anblick, daß er sich hastig mit der Andeutung, „oben nachsehen zu müssen“, hinweg begab, was sicher auch dem Doktor sehr gelegen kam, der, allein gelassen, sofort jede beleidige Miene ablegte und unter dem Kauen einem hohen Grade von Wohlbefinden in unartikulierten Lauten Luft machte.

Drei Tage darnach war die Taufe. Sie sollte in aller Stille verlaufen, denn die Sternsteinhofbäuerin lag so kraftlos dahin, als ob sie sich des Lebens oder Sterbens besönne, und bei jedem aufdringlichen Laut durchrieselte es sie vom Kopfe bis zu den Füßen.

Als der junge Bauer, von nur wenigen Gästen geleitet, mit der Patin, einer der reichsten Bäuerinnen in der Umgegend, und der Hebmutter, welche in einem reichen Taufzeuge ein winziges, mißfarbiges Würmchen trug, die Stufen zur Kirche hinaufstieg, lehnte an der Mauerbrüstung, dem Portale gegenüber, das Weib des Herrgottlmachers mit dem derben, pausbäckigen Buben auf dem Arme.

Er starrte Helenen ins Gesicht, sie sah mit leicht gerunzelten Brauen nach ihm, auch das Kind blickte ihn so großäugig und ernst an, da senkte er den Kopf und sein Blick glitt an der kräftigen Gestalt des Weibes herunter.

Die Taufzeugen traten in die Kirche, die heilige Handlung begann. Nachdem die reiche Bäuerin namens des Täuflings versprochen, alles zu glauben, was die Kirche zu glauben vorschreibt, und dem Teufel und seinen Werken zu entsagen, erhielt das kleine Geschöpf — es war ein Mädchen — zu Ehren der Patin deren Namen Juliana.

Als der Zug die Kirche verließ, ging der junge Sternsteinhofer vorgeneigt, wie wenn er vor sich auf dem Boden nach etwas suchte, er wußte, daß Helene noch da war, er fühlte es, daß sie ihn beobachtete, er hätte es auch gewußt und gefühlt, ohne die Fußspitze ihres rechten Fußes zu sehen, die spielend kleine Kiesel wegschnellte.

Vier Wochen mochten seit dieser Begegnung vergangen sein, der zweiten in den anderthalb Jahren seit Tonis Heimkehr, da kam eines Abends, ziemlich spät, die alte Zinshofer noch herübergelaufen und lud Helenen mit wichtig tuenden Gesten und heimlichem Augenwinken ein, in die alte Hütte hinüber zu kommen.

Der jungen Kleebinderin war solch versteckles und verhehlendes Gebärden zuwider; sie fuhr die Alte mürisch an, doch gleich am Ort auszusagen, was es gäbe, aber da diese rasch hinaushuschte, so folgte sie ihr verdrossen nach.

Als die beiden drüben eintraten, saß der junge Sternsteinhofer auf der Gewandtruhe, den Rücken an die Wand gelehnt, mit herabhängenden Armen und drehte langsam, wie müde, den Kopf nach der Türe.

Helene blieb an der Schwelle stehen, sie streckte den vollen, runden Arm gegen ihn aus und schüttelte mit der Hand.

Schon hatte sie mit der Rechten die Klinke erfaßt, um wegeilend die Türe ins Schloß zu drücken, da stemmte sie plötzlich die Linke gegen die Hüfte und fragte in scharfem, grollendem Tone: „Was willst denn Du eigentlich da?“

„Nix,“ antwortete der junge Bauer, „gar nix. Dein H'rüberrufen hab' ich nit verlangt, und hätt's auch nit g'litten, wenn ich d'rum g'wußt hätt', das war ein Einfall von Deiner Mutter, zu der bin ich g'kommen, mein Jammer und Elend klag'n und mich auszureden d'rüber, wie anders all's hätt' werden können. Dös wird mir doch verlaubt sein? und ihr verüble nur mit ihr Mitleid für mich.“

„Dir kommt nur heim, was Du an mir gesündigt,“ sagte Helene, damit trat sie hinaus, man hörte das Getrappel einiger eilender Schritte und dann das Scharren der Sohlen auf der Steinstufe vor der Türe des Nachbarhauses.

*

Es war den Leuten einleuchtend, daß es dem jungen Sternsteinhofer hart aufliegen müsse, an Stelle einer rührigen lebfrischen Bäuerin mit einem Schlage eine nichtsnutze, serbelnde (kränkelnde) auf dem Anwesen zu haben, und die Klügeren, die nicht jeden nach sich selbst beurteilten, behaupteten auch, sie hätten es vorhersagen können, wie er sein Unglück aufnehmen würde. Gram und Herzleid halten manchen an kurzem Faden fest am Orte, und so einer arbeitet dann oft doppelt so viel wie sonst, um des Leidwesens Herr zu werden, oder das wird der seine, dann sitzt er untätig dahin und verstumpft im fortwährenden Anblicke des Jammers; einen andern jagen sie zum Haus hinaus, daß er wie im Nebel herumläuft, nur vom Heim wegtrachtend, oder gar in allen Wirtsstuben zuspricht und im Trunke Vergessen sucht. Daß der Toni den Sternsteinhof mit dem Rücken ansehen werde, das wollten eben die Klügeren vorausgesehen haben, jene aber, die immer anders täten als ein anderer getan hat, oder tut, die ihm das Ueberarbeiten und das „Herumknotzen“ in der Krankenstube — ein's sein Schad' und kein's der Bäuerin Nutz' — übelgenommen haben würden, sie fanden es nun gar nicht schön, daß er auslief und das arme Weib vereinsamen lasse, es war in ihren Augen nicht zu entschuldigen, aber doch begreiflich. Nur über eines schüttelten bald die Bedachtsamen wie die Uebelnehmerischen die Köpfe, über den häufigen Zuspruch des jungen Bauern bei der alten Zinshofer. Es vergingen wenige Abende, wo man ihn nicht nach der Hütte der Alten gehen oder des Weges von derselben kommen sah.

Fortsetzung folgt.